

Studienkonten sind auch keine Lösung



Studenten, Flierl und PDS sind sich einig.

Niemand will Studiengebühren einführen, die wollen nur CDU, SPD und FDP. Sie sind sich nicht einig, ob Studienkonten Langzeitstudiengebühren sind. Für jede Lehrveranstaltung würden dem Studenten eine bestimmte Anzahl von sogenannten „creditpoints“ in Rechnung gestellt. Bezahlt werden müsste aber erst, wenn zwanzig Prozent der Regelstudienzeit überschritten sei. Im Unterschied zu herkömmlichen Langzeitstudiengebühren wäre also nicht allein die Anzahl der Hochschulseminer entscheidend, sondern die der tatsächlich besuchten Lehrveranstaltungen. Mindestens würden jedoch so viele „creditpoints“ in Rechnung gestellt, als wenn man die Hälfte der notwendigen Veranstaltungen besuchen würde. Somit würde man der individuellen Lebenssituation der Studenten gerecht.



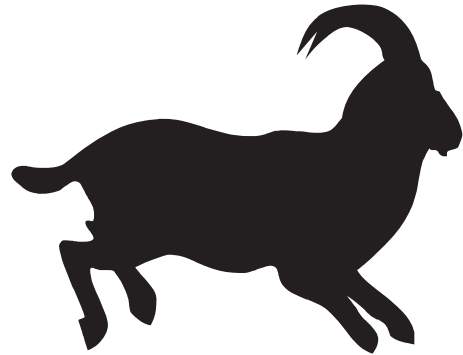
Ziele des Studienkontomodells:

- ein effizientes kurzes Studium
- nachfrageorientierte inneruniversitäre Mittelvergabe
- Entlastung des Landeshaushalts

Der Langzeitstudent

Im Gegensatz zum Hochschulabsolventen, der anschließend nach Baden-Württemberg zieht, erhält das Land Berlin für jeden hier gemeldeten Studenten Mittel aus dem Länderfinanzausgleich.

Die Gründe für ein Langzeitstudium gehen über Bummelei und günstigere Fahrkarten hinaus: Erwerbstätigkeit, Betreuung von Kindern und Angehörigen, Studiengangwechsel, Veranstaltungen oder Prüfungen werden nicht in jedem Semester angeboten, überschneiden sich oder die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Kosten für den Universitätsbetrieb verursachen die Langzeitstudenten in der Regel nicht. Es ist eine Sündenbockdebatte.



Studenten als gläserne Kunden, Bildung als Ware

Die „creditpoints“ sollen Angebot und Nachfrage an Veranstaltungen in Einklang bringen. Mit geringen Mitteln sollen möglichst viele Studenten durch das Studium gebracht werden. Die Gelder würden dann leistungsbezogen, also entsprechend der Nachfrage, vergeben. Kleinere spezialisierte Angebote, interdisziplinäres Lernen, Veranstaltungen, die nicht unbedingt für einen bestimmten Abschluss notwendig sind, aber auch die Einheit von Forschung und Lehre stehen somit zur Disposition, weil sie sich nicht rechnen. Der universitäre Charakter als Unterscheidung zur Berufsakademie verliert sich. Personenbezogene Kundendaten würden mittels Chipkartensystem erfasst, um die einzelnen „creditpoints“ abzurechnen.

Kontonummer erstellt am

Märkische Bank eG

BLZ:45060009

5056 509 300 24.01.

BU-TAG VORGANG

SALDO ALT EUR

24.01. Wert: 25.01. SIHK ZU HAGEN - FRITZ-BERG-
GEDAECHTNISFONDS DIPLOMARBEIT

Ref.-Nr.: 75023105556 EZV

BU-TAG VORGANG

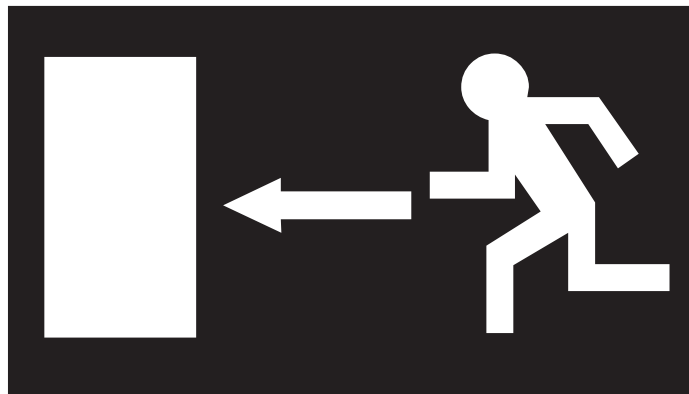
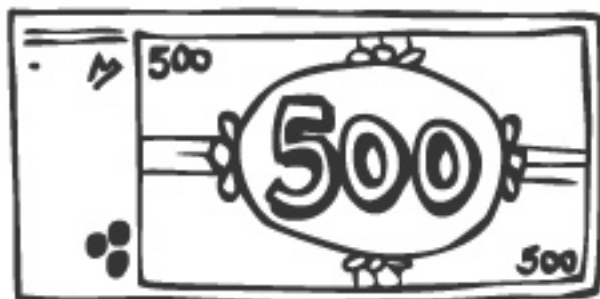
SALDO ALT EUR

24.01. Wert: 25.01. SIHK ZU HAGEN - FRITZ-BERG-
GEDAECHTNISFONDS DIPLOMARBEIT
Ref.-Nr.: 75023105556 EZV

Nichts gegen Haushaltskonsolidierung

Tatsächlich möglichen Einnahmen für die Landeskasse stehen die Kosten für die Einführung und die Unterhaltung des Systems gegenüber. Der technische und personelle Aufwand für die Erfassung und Auswertung der zu erhebenden Daten ist gewaltig. Es wird mehrere Jahre dauern bis „creditpoints“ ein paar Euro in die Landeskasse spülen.

Nichtsdestotrotz müssen auch die Hochschulausgaben in die Gesamtpolitik des Senats eingeordnet werden. Der Senat kann wegen der Hochschulautonomie in die inneruniversitären Strukturen nicht eingreifen. Er kann aber die Mehrheit der Professoren in den allgemeinen Hochschulgremien durch Einführung der Viertelparität beenden. Die Politik muss Position beziehen, welche Veränderungen in den Universitäten selbst notwendig sind. Weitreichende Kooperationen im Verwaltungs- und Lehrbereich, der Abbau von Doppelanboten, die gemeinsame Nutzung von Einrichtungen müssen diskutiert werden.



Einkaufszentrum Universität

Mit diesem Modell wird der Besuch einer Lehrveranstaltung unmittelbar für den Studenten einem (allerdings willkürlichen) Geldwert gegenübergestellt. Aus Rücksicht auf die Landeskasse könnten die Zahlen, der Preis eines „creditpoints“ oder die Anzahl der freien „creditpoints“, leicht verändert werden. Es ist der Einstieg in den Ausstieg aus dem gebührenfreien Studium.

Wir fordern:

- Ein gebührenfreies Studium, das sich nicht nur an den Interessen der Wirtschaft orientiert
- Eine Diskussion über die Umsetzung der Kürzungen des Senats bei den Hochschulen, zum Beispiel durch Kooperationen zwischen den Universitäten
- Den Ausbau der studentischen Mitbestimmungsrechte, zum Beispiel durch Einführung der Viertelparität in den Hochschulgremien.

PDS_Jugend_TK

Basisorganisation bo x in der PDS Treptow-Köpenick



www.bo-x.de